



Wandern, wandern von einem Land zum andern

Wissenschaftler erforschen
das Phänomen der Migration

Noch nie waren so viele Menschen auf
Wanderschaft wie Ende des 20. Jahr-
hunderts. Allein der Strom der Men-
schen, der seit der Öffnung Osteuropas
in westliche Länder zieht, weckt Asso-



Foto: Glaser

ziationen an eine neue Völkerwanderung. In der Bundesrepublik sehen sich Wissenschaftler vor der Aufgabe, das Phänomen der Wanderung (Migration) historisch einzuordnen und mit Einschätzungen und Prognosen der Politik Orientierungshilfe zu geben. Neueste Initiative ist die Gründung eines interdisziplinären Instituts für Migrationsforschung an der Universität Osnabrück.

Eine alltägliche Szene am Gänseleselbrunnen vor dem Rathaus in Göttingen: eine Gruppe türkischer Frauen strebt, schwer mit Einkaufstaschen beladen, der Bushaltestelle zu, junge Polen (oder sind es deutsche Aussiedler aus Polen?) haben sich auf dem Brunnenrand zu einem Plausch niedergelassen. Direkt zu Gänselesels Füßen hat eine koreanische Truppe Musikinstrumente ausgepackt und führt heimische Tänze auf. Sofort bildet sich ein

großer Kreis Passanten um sie herum: deutsche Studenten mit ihren französischen Kommilitonen, einige arabische Kinder ziehen ihre Eltern dazu, eine Gruppe Afrikaner bleibt stehen.

Fast wie eine Idylle wirkt diese Szene, so beschrieben in einem Bericht über die in Göttingen lebenden Ausländer, der als Forschungsarbeit am Seminar für Politikwissenschaft der Göttinger Universität entstand. In dem Bericht ist nachzulesen,



Foto: Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz

logen, Soziologen und Geographen werden hier zusammenarbeiten, denn, so Bade, Wanderungen gehören zu den existentiellen Erfahrungen wie Geburt, Heirat oder Tod; ihre Erforschung fordert daher auch den Einsatz aller Humanwissenschaften.

Noch aber ist, wie die jüngsten Ausschreitungen gegen Ausländer hierzulande zeigen, diese Grunderfahrung angstbesetzt. Bade: „Apokalyptische Visionen gehen um von einer ‚Festung Europa‘, umbrannt von neuen ‚Völkerwanderungen‘.“ Ergebnis solcher Schreckbilder seien Angst und Abwehr bei der einheimischen Bevölkerung. Doch als bedrohlich empfindet die gegenwärtige Situation nur, wer die Geschichte nicht kennt, meint der Historiker, der im kommenden Frühjahr ein Buch über „Migration in Geschichte und Gegenwart“ vorlegen wird („Deutsche im Ausland — Fremde in Deutschland“, Verlag C. H. Beck).

Gerade die Geschichte der Deutschen ist reich an Wanderungen über Grenzen, wie das Buch erzählt. Das gilt auch, nimmt man nur die letzten zwei Jahrhunderte. Rund acht Millionen Deutsche wanderten seit dem frühen 19. Jahrhundert allein in die Vereinigten Staaten aus. Etwa 29 Prozent der Amerikaner gaben vor einigen Jahren bei einer Umfrage an, daß ihre Familien zumindest teilweise von deutschen Einwanderern abstammen. Bereits seit 1880 aber wandelte sich Deutschland vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland. Aufgrund des Mangels an Arbeitskräften in Landwirtschaft und Industrie kamen schon damals „ausländische Wanderarbeiter“ ins Land, vor allem Polen und Italiener. Vor Beginn des Ersten Weltkriegs lebten 1,2 Millionen dieser Ausländer im Deutschen Reich.

Während der Nazizeit kam es, neben der politisch und rassistisch bedingten Emigration aus Deutschland, zu Zwangsumsiedlungen, Deportationen und Vertreibungen in den von Deutschen besetzten Teilen Europas. Millionenfach deportierte „Fremdarbeiter“ lebten in Deutschland. Als Folge des Krieges war die Zeit danach geprägt von der massenhaften Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten.

15 Millionen zugewandert

Als diese Flüchtlinge noch kaum in Westdeutschland integriert waren, setzte Mitte der 50er Jahre bereits die Anwerbung ausländischer Arbeiter ein. Was damals als „Arbeitswanderung“ begann, entwickelte sich, weit über den Zeitpunkt des Anwerbestopps von 1973 hinaus, zur echten Einwanderung. Denn für viele „Gastarbeiter“, die anfangs noch an Rückkehr in ihre Heimatländer gedacht hatten, gestaltete sich der Aufenthalt in Deutschland als ein

daß knapp 10 000 der insgesamt 130 000 Einwohner der Universitätsstadt Ausländer sind, mit etwa 100 verschiedenen ethnischen und kulturellen Herkünften. Und auch dies ist der Studie zu entnehmen: daß die Lebensbedingungen der meisten von ihnen alles andere als idyllisch sind. Die Wissenschaftler, die in diesem Lehr- und Forschungsprojekt unter der Leitung des Politologen Professor Claus Leggewie die Lebenssituation der ausländischen Bevölkerung gründlich recherchiert haben, registrieren ungleiche Chancen der Ausländer in fast allen Bereichen, in der Schule, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. In ihre Untersuchung haben die Politologen alle Ausländer-Gruppen einbezogen: Arbeitsmigranten, Flüchtlinge, ausländische Studenten und Wissenschaftler. Und ganz bewußt haben sie ihren Bericht nicht „Ausländer in Göttingen“, sondern „Einwanderergesellschaft Göttingen“ überschrieben. Sie gehen nämlich davon aus, daß die Ausländer in Deutschland nicht nur „Gäste“ sind, sondern „als Gruppe fester Bestandteil der Sozialstruktur“. Dies allerdings, so merken die Autoren an, werde von der bundesdeutschen Politik und Teilen der Bevölkerung weder anerkannt noch gewollt.

Wanderung ein Urphänomen

Damit begeben sich die Göttinger Politologen mitten in eine Diskussion, die von der hierzulande noch jungen Migrationsforschung wesentlich mitgetragen wird. Diese Forschungsrichtung erhält angesichts der Lage Deutschlands im Zentrum der massenhaften Wanderungen — von Ost nach West, von Süd nach Nord — zur Zeit mächtig Aufschwung. Einer, der daran we-



Foto: Archiv für Kunst und Geschichte

Die Hoffnung auf ein besseres Leben war das Motiv für deutsche Auswanderer, die sich im vorigen Jahrhundert nach Amerika einschifften. Oben ein Auswandererschiff in Hamburg, unten die Ankunft im Hafen von New York.

sentlichen Anteil hat, ist der Osnabrücker Professor Klaus J. Bade. Der Historiker, der seit langem die Wanderungsbewegungen in Geschichte und Gegenwart erforscht, konnte Ende November dieses Jahres an der Universität Osnabrück ein von ihm geleitetes „Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien“ (IMIS) eröffnen. Es will sich interdisziplinär, und als erste Einrichtung an einer deutscher Universität in dieser Bandbreite, mit allen Fragen der Migration, Integration und Minderheiten befassen: Historiker, Juristen, Pädagogen, Psycho-

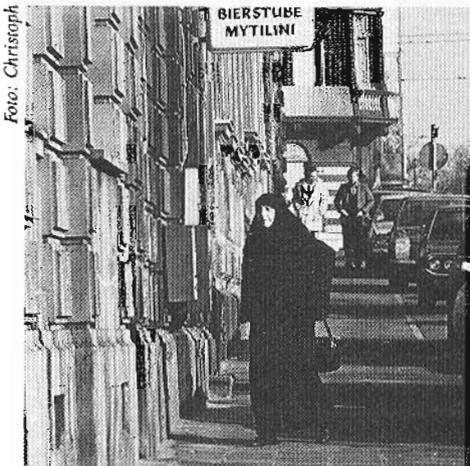
dauernder — nurnmehr mit Urlaubsabstechern in die Heimat, von wo ihre Familien längst nachgezogen waren. Heute sind diese „einheimischen Ausländer“, „ausländischen Inländer“ oder „Deutsche mit fremdem Paß“ in der eigentümlichen Situation, in Deutschland weniger fremd zu sein als etwa die Deutschstämmigen, die als Aussiedler aus den osteuropäischen Ländern nach Deutschland kommen.

Ein „Einwandererwitz“ aus den letzten Monaten vor dem Zusammenbruch der DDR, als viele Bürger von dort in den Westen übersiedelten, macht die komplizierte Situation deutlich: In einer Schlange von Arbeitslosen auf dem Korridor eines westdeutschen Arbeitsamts stehen hintereinander ein Übersiedler aus der DDR, ein Aussiedler aus Rußland und ein seit langem in Deutschland lebender Türke. Die beiden „Neubürger“ aus dem Osten sind enttäuscht wegen der Arbeitslosigkeit im Westen. Der Übersiedler: „Schlange stehen kennen wir von zu Hause . . .“ Der Rußlanddeutsche: „. . . aber nicht für Arbeit!“ Der Türke: „Wir haben Euch nicht gerufen.“

Das „Wir“ meint die einheimischen Deutschen und die seit langem hier lebenden Ausländer, das „Euch“ die neu hinzugekommenen deutschen Übersiedler und Aussiedler. Fehlt nur noch die in sich sehr vielschichtige Gruppe der Asylbewerber, Asylberechtigten oder auf Grund internationaler Konventionen aufgenommenen Flüchtlinge. Sie kommen heute meist aus Osteuropa und Ländern der Dritten Welt. Nur die Vielschichtigkeit der zugewanderten Gruppen unterscheidet die Situation heute von früheren Wanderungsbewegungen in Deutschland. Insgesamt sind seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs rund 15 Millionen deutsche oder deutschstämmige Vertriebene, Flüchtlinge, Übersiedler und Aussiedler ins westliche Deutschland gekommen. Nimmt man die rund 4,6 Millionen Ausländer hinzu, die heute in Deutschland leben (fast drei Millionen davon gehören zur „Gastarbeiterbevölkerung“ oder stammen von ihr ab), dann geht fast ein Drittel der westdeutschen Wohnbevölkerung auf Zuwanderungen seit dem Weltkrieg zurück. Unter den Industriestaaten steht Westdeutschland, Israel ausgenommen, mit einer solchen Entwicklung allein da.

Politik für Einwanderer

Angesichts dieser komplexen Situation und der Aussicht, daß ein Ende der Massenwanderung nach Westeuropa und speziell nach Deutschland nicht abzusehen ist, sprechen Wissenschaftler zunehmend von Deutschland als einem „Einwanderungsland“, ohne daß dies amtlich anerkannt ist. Nach Ansicht der Migrationsfor-



Andrang von Asylbewerbern in Berlin (oben). Der Strom der Ausländer reißt nicht ab, obwohl das Leben in der fremden Kultur mit Unsicherheit und Einsamkeit verbunden ist (unten).

scher kann man aber beispielsweise der paradoxen Situation der schon lange hier lebenden ausländischen Arbeitnehmer nicht mehr mit einer Ausländergesetzgebung gerecht werden — die nur zu oft auf Abwehr zielt —, sondern nur noch mit einer ganzheitlichen und langfristig angelegten Einwandererpolitik. Konkret könnte eine Einwanderergesetzgebung im Unterschied zum herrschenden Ausländerrecht etwa bedeuten, daß ein Türke, der in der dritten Generation in Deutschland ist, automatisch, das heißt durch Geburt, Deutscher wird, es sei denn, er würde sich persönlich anders entscheiden. Dies ist in Deutschland noch nicht, in anderen Ländern jedoch möglich.

Eine ganzheitliche Migrationspolitik, so schlägt Wanderungsforscher Bade vor,

müsse im Innern von der Wirtschafts- über die Sozial- bis zur Kulturpolitik alle politischen Bereiche umfassen. Nach außen sei sie keineswegs als Einladung zur unbegrenzten Einwanderung zu verstehen. Vielmehr geht es dabei um Zulassungsquoten, international abgestimmte Kontingentregelungen, aber auch um eine Politik, welche die Ursachen für die Fluchtbewegungen in den jeweiligen Ländern beiseite hilft.

Mehrfach ist der rührige Osnabrücker Professor, der zu den künftigen Aufgaben des IMIS auch die wissenschaftliche Politik-Beratung zählt, mit der Forderung nach einem solchen Gesamtkonzept bei Bonner Ministerien, ja sogar beim Bundeskanzler vorstellig geworden. Im August dieses Jahres hat er gemeinsam mit anderen namhaften Wissenschaftler-Kollegen in einem Appell an die Bonner Politiker zur Asyldebatte Stellung genommen und darin unter anderem ein „Bundesamt für Wanderung und Eingliederung“ gefordert, das wanderungspolitische Ziele formulieren und besser koordinieren könnte, als es jetzt möglich ist, da verschiedene Ministerien für die unterschiedlichen Zugewanderten-Gruppen zuständig sind.

So kam es nicht von ungefähr, daß bei der Eröffnung des Osnabrücker Instituts auch Liselotte Funcke zu Wort kam, bis vor kurzem Ausländerbeauftragte der Bundesregierung. Aus Enttäuschung über die mangelnde Unterstützung ihrer Ausländerarbeit war die FDP-Politikerin im Sommer zurückgetreten, unter anderem auch, weil sie sich mit ihrer Forderung nach einem mit umfassenden Kompetenzen ausgestatteten Amt nicht durchsetzen konnte. In anderen europäischen Ländern, so in Frankreich, Großbritannien, der Schweiz und Schweden, gibt es bereits entsprechende

Kommissionen oder Nationale Räte oder sogar Einwanderungsministerien, wie es die Italiener in diesem Juli in Rom eingerichtet haben.

Auch interdisziplinäre Forschungsinstitute, ob für „Immigration Research“ oder „Migration and Ethnicity“, bestehen im Ausland schon länger — in Schweden, Frankreich und den Niederlanden ebenso wie in den USA, Kanada und Australien. Mit ihnen wollen die Osnabrücker Forscher künftig kooperieren. Eine Zusammenarbeit ist vor allem auch mit verwandten Forschungseinrichtungen in Deutschland geplant, so zum Beispiel mit dem „Institut für Vergleichende Sozialforschung“ in Berlin, das bereits seit 1978 schwerpunktmäßig Migrations- und Flüchtlingsforschung betreibt. Die private Organisation von Wissenschaftlern engagiert sich, unter der Leitung von Dr. Jochen Blaschke, für einen Verbund der europäischen Migrationsforscher. Forum dafür ist eine am Berliner Institut herausgegebene Zeitschrift „Migration“, die in deutscher, englischer und französischer Sprache aus der europäischen Migrationsforschung berichtet.

Berlin als Brennpunkt der Zuwanderungswelle in Deutschland hat auf dem Gebiet dieser Forschung noch mehr zu bieten: An der Freien Universität Berlin arbeiten die Professoren Abraham Ashkenasi (Internationale Politik) und Jürgen Fijalkowski (Politische Soziologie) an der „Forschungsstelle Arbeitsmigration, Flüchtlingsbewegungen und Minderheitenpolitik“. An der Berliner Humboldt-Universität wird soeben ein Lehrstuhl für Demographie und Migrationsforschung einge-



Türkischer Arbeitnehmer: In Deutschland ein Recht auf Heimat?

richtet. Vorbereitet wurde diese Initiative im vergangenen Jahr mit einer Gastdozentur von Dr. Blaschke, die vom DAAD finanziert wurde.

Die Berliner Aktivitäten seien hier stellvertretend für manch andere Forschungen genannt, die sich, vielfach gefördert von den großen Stiftungen und der Deutschen Forschungsgemeinschaft, an verschiede-

nen Fachbereichen deutscher Universitäten, sei es in Bremen oder Essen, etabliert haben.

In Amerika mehr Rechte

Während sich in den 70er und 80er Jahren eine große Zahl von Sozialwissenschaftlern in Deutschland vor allem mit verschiedensten Detailfragen zur Situation der ausländischen Arbeitnehmer befaßt hat — häufig waren dies ganz aktuelle, anwendungsorientierte Fallstudien —, geht es der Migrationsforschung heute um wissenschaftlich untermauerte übergreifende Konzepte und Prognosen. „Dazu brauchen wir auch den historischen Vergleich“, sagt die Bochumer Sozialwissenschaftlerin Annette Treibel, die mit ihrer in diesem Jahr erschienenen Dissertation über „Migration in modernen Gesellschaften“ (Juventa Verlag) in bundesdeutschen Medien viel Resonanz fand.

Bei einem Vergleich heutiger Wanderung mit der Einwanderung in die USA im 19. Jahrhundert stellt sie überwiegend Parallelen fest, so zum Beispiel bei den — vorwiegend wirtschaftlichen — Gründen für die Auswanderung und bei den Reaktionen der Einheimischen gegenüber den Zuwanderern. Früher wie heute verlangten die Inländer von den „Neuen“ Anpassung und Unauffälligkeit. Daß eine Angleichung (Assimilation) in der Regel dennoch nicht stattfindet, wird an Beispielen wie den italienischen Vierteln in amerikanischen Großstädten oder türkischen Studentenvereinen an westdeutschen Universitäten augenfällig.

Die Bochumer Wissenschaftlerin stellt allerdings auch Unterschiede fest. Seit der Besiedlung von Jamestown im Jahre 1607 sind über 45 Millionen Menschen in die USA eingewandert. Diesen Einwanderern ging es in der Regel sowohl rechtlich als auch menschlich besser als den Ausländern heute in Deutschland. „Das liegt wohl daran“, erklärt Annette Treibel, „daß man in den USA immer stolz darauf war, daß die eigenen Vorfahren ebenfalls eingewandert waren. Amerika hat sich immer als Einwanderungsland definiert. Einen solchen Konsens gibt es bei uns nicht.“ Die Forscherin, die als Studentin selbst in einer deutschen Initiative für Ausländer gearbeitet hat, wünscht sich eine Einwanderungspolitik, die von deutschen Sachverständigen und Ausländern gemeinsam gemacht wird. Doch angesichts der langjährigen Probleme von Migranten und Migrantinnen fügt sie resigniert hinzu: „Wenn es dafür noch nicht zu spät ist.“ Zu spät hat man ihrer Ansicht nach auch mit der Migrationsforschung begonnen: „Vor vier oder fünf Jahren konnte man hier damit noch niemanden hinter dem Ofen vorlocken.“

